

in Kürze.
Finanzministerium und
änderungen über weitere
Beitragssatzungen.
Anwaltschaft auf den
Insti durch Immunität ge-
des Ermittlungsverfahrens
tag die Immunität
hauptverwaltung
erklären, daß die Be-
einfähigung, für regelmäßige
einständige Arbeits-
eigene Arbeiter zu ent-
ungsverfahren wegen der
nta ist nunmehr die
eführten 92 Personen ab-
Personen wurde richter-
n.
konferenz der Mi-
tutgart befähigt sich vor-
Einführung des Reichs-
höheren Länder erhoben
Einwendungen, die
biete der Reichspolizei be-
eben erklärte, daß gegen
Schritte wie ge-
ant seien.
Schulungswesen bewachte
einen Raubüberfall
lischen Staatsbank
nen größeren Geldbetrag,
r OGM, gestellt werden.
mus zum Tode ver-
aten im Doppelpf
Mion-van Ryn über die
Die Amerikaner
ot unserer Zeit soll und
ein, als Mittäpfer für
nach der Gaujungenführer
hitzertum".
enhausen und Kloster
Lahn.
ag, 23.-25. August, findet
enhausen statt, mit dem
Bei Schiffsreise, Gebet,
stappelle geht die Fahrt
ist Bonhofen erreicht.
das Schiff nach Bielefeld,
den Befehligen können.
e findet eine Fußgänger
Es wird auch Gelegen-
die griechische Kapelle
könn am letzten Tage
rohen. Ein Sonderzug
et nach Kloster Arnstein
liefer von den heiligsten
ben wir den Mittelpunkt
Bewegung, der Thron-
besonnen nehmen alle
r Mitfeier teil.
Zug die Wallfahrer zum
verum nach Köln. Ziele
die Mäßen des frommen
Tagezeit, besonnen. —
Wiederleitung der Wall-
tadbach-Rheinböhnen.
at am 23. Juli.
nachten Festen im Groß-
M. 8-12 Wochen, als
4 Monate ab 12-18
M. Marktverkauf sehr
Bil!
Anschlußnummern hilft
Aufnahme der ge-
genen Nachbarn von
erkäufer hoh. Rabatt.
3606. Spiekerhof 32/33
neuen Sie sich
erstaunlich billig
gute Edelweisse,
Katalog gratis und
ko von
Deutsch-Wartenberg 1
4/16 PS. Opel-
Zweifiger
in einwandfreier Ver-
fassung, ausgeliefert und
verkauft, sehr billig
zu verkaufen.
Fritz Schwedes,
Autoreparaturwerkst.,
Dallwitz 1. B.
Hochpreisliche erst-
klassige
Feingoldhypothek
auf Wohn- u. Geschäft-
haus in Münster, mit
einem größeren Nach-
schuß zu verkaufen.
Gef. Angebot, unt. A V
193 an Exp. Landes-
zeitung, Detmold.
Darlehen
sinslos u. unbindbar,
nach kurzer Verzinsung.
Statt Zinsen - Tilgung.
Münsterische Mobilien-
bank u. Darlehenskasse
GmbH, Münster 30.
Jumbostraße 16.
Lachen Sie Geld?
(Hypothek, Darlehen,
Bau- und Kaufkredit)
Kredit ohne Zinsen
Erben, Erben,
Kredit zur 4.
Kredit Vorstufen, Keine
Verzinsung, bei schriftl.
Anfragen Rückporto.
Heute, Rechtsberatung,
Besuche,
unentgeltlich,
unentgeltlich,
Freiwillig
Dr. Deiminger,
Münster 1 B.
Damburger Straße 22

Amflicher Angelegen des
Landratsamtes Borken,
von Bürgermeisterin
und Beamten des Kreises
Borken.

Postverladort:
Dortmund.

Bocholter-Borkener

Postverladort:
Bocholt.

Wegenspreise im Monat
Abgabe von der Größt-
2, ins Haus gebracht ein-
88 Wg. Botenlohn 235, durch die
Post ein-42, 42 Wg. Botenlohn 232.
In Fällen höherer Gewalt, wie
Streich, Sperre, Betriebsstörung
u. a. hat der Bezugsnehmer An-
spruch auf Erstattung ab. M. d. d. d.

Volksblatt

Organ
der Zentrumspartei.

Rheider Druckzeitung.

Amfliches Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt u. des Landkreises Borken.

Anholter u. Jffelburger Zeitung.

Nummer 204

Montag, den 25. Juli 1932

Jahrgang 1932

Brüning in Westfalen.

Er wird auf den Schultern aus der Halle Münsterland getragen. — Stürmische
Ovation für Regierungspräsident Dr. Amelungen.

Begeisterte Kundgebung in Münster.

Ein Wahlkundgebung, in der die Wogen der Be-
geisterung so hoch schlugen, in der man sich nicht über-
bieten konnte, einen Führer, einen mit solch unbe-
dingter Gefolgschaft verehrten Mann zu feiern, eine
Wahlkundgebung, wie sie Münster am Sonntag nachmit-
tag in der Geschichte münsterischer Wahlver-
sammlungen. Keine durch unbedeutende Uniformen künst-
lich erzeugte Launelei, keine durch Trommelwirbel und
Baukenschläge aufgewirkelte Menschenmasse, die vollbe-
setzte Halle, wohl über 10 000 Besucher, jubelten in voller
Ueberzeugung und tiefinnerster Begeisterung dem Mann
zu, dessen Führereigenschaften an Taten nachprüfbar und
erweisbar sind.
Schon lange vor Beginn der Versammlung setzte der
Zustrom der Massen ein. Eine wahre Völkerwan-
derung zog zur Halle Münsterland hinaus, Straßen-
bahnwagen auf Straßenbahnwagen brachten immer neue
Massen, und geraume Zeit vor Beginn war die Halle
voll besetzt. Dichtgedrängt standen die Menschen vor der
Halle, die keinen Einlaß mehr finden konnten, die aber
ausdauern und besonders die Führer des wahren
Deutschland bei seiner Ankunft begrüßen zu können.
Unter Vorantritt des schneidigen Tambourkorps zogen die
Fahnenabteilungen der katholischen Jugendverbände in
die Halle ein, jubelnd begrüßt von der Versammlung.
Zu einem Beifallssturm aber steigerte sich der Beifall,
als in geschlossenen Kolonnen die katholische Liga
einmarschierte. Der Vorsitzende der münsterischen Zen-
trumspartei, Studentat Dr. Diekmann, ließ die
Erfolgsgeschichte und die Ehrengäste willkommen;
als er unter den Ehrengästen den Regierungspräsidenten
Dr. Amelungen begrüßte, erhob sich die ganze Ver-
sammlung, brachte dem verdienten und ver-
ehrten Beamten minutenlang Ovationen
dar und gab damit der Auffassung breiten Ausdruck,
wie fest und treu das münsterländische Volk hinter Dr.
Amelungen steht.
Als Redner, der vor der Ankunft des Kanzlers spre-
chen sollte, hatte man den früheren Vorsitzenden der
Münsterischen Zentrumspartei, Universitäts-Professor Dr.
König (Bonn) gewonnen, der seine Ausführungen als
Bekenntnis zu Brüning und zu seiner von hohen Staats-
männlichen Fähigkeiten getragenen Politik aufbaute und
damit den ungeteilten Beifall der Zuhörer fand. Die
kurze Rede, die nach der glänzenden Rede bis zur An-
kunft Brünings eintrat, wurde von den Musikkapellen
ausgeführt. Aber Brüning ließ nicht lange auf sich war-
ten. Geleitet von den Führern der kath. Liga und dem
Parteiorganisierenden, betrat er mit erhobener Schürhand
mit Frau- und Tochter die Halle. Minutenlang brachten
die Tausende dem Sohne der roten Erde und dem Ehren-
bürger seiner Vaterstadt Ovationen dar, die nicht en-
den wollten und immer wieder aufflamm-
ten.

Er wolle die Autorität auch des Reichspräsidenten
von Hindenburg stärken, zum Segen des deutschen
Volkes. (Langanhaltender Beifall.)
Er und seine Partei kennen nur das eine Ziel: Ret-
tung des deutschen Volkes auch in diesen schweren Tagen.
(Tolender, sich immer wiederholender Beifall, der sich zu
stürmischen Ovationen steigert.)

Trotz der ungeheuren Anstrengungen im gegenwärti-
gen Wahlkampf sprach Dr. Brüning mit Temperament,
sehr launig oft und doch, wie gewohnt, in seiner sachlichen
und klaren Weise. Der Beifall, der seinen Schlussworten
folgte, ging spontan über in das Deutschlandlied, das be-
geistert mit erhobener Hand gelungen wurde. Immer
wieder mußte sich Dr. Brüning dankend erheben, bis die
Beifallsstürme, wie sie Hitzler in Münster nicht erlebt hat,
sich legten.

Als der Kanzler von der Rednertribüne durch den
Saal dem Ausgang zugehen wollte, drängten sich die Ma-
ssen um ihn und im Augenblick hatte man den bejubelten
Führer eingekreist; die Ligisten nahmen ihn auf die Schul-
tern und trugen ihn unter nicht endenwollendem Beifall
und dauernden Heil-Brüning-Rufen durch den Saal zum
Ausgang. Vor der Halle wiederholten sich die Ovationen
und das Auto, das den Kanzler zur Wohnung des Ober-
präsidenten brachte, wurde unterwegs immer wieder kür-
zlich begrüßt.

Selten hat man die münsterische Bevölkerung so be-
geistert gesehen wie heute. Man sah hier den Mitbürger,
den Staatsmann und den katholischen Führer in einer
Person.

Jubelnder Empfang in Coesfeld.

Da Reichskanzler a. D. Dr. Brüning seine westfälische
Wahlreise mit einer großen Kundgebung in Coesfeld
begann, war für das Westmünsterland heute der Höhe-
punkt des Wahlkampfes gekommen. Über 8000
Menschen aus dem weitläufig besetzten Westmünsterland
waren am frühen Morgen des heutigen Sonntags nach
Coesfeld zusammengetrieben, um in der festlich geschmückten
Coesfelder Stadthalle und den blühenden Stadthallen-
anlagen den Führer des Zentrums zu hören. Coesfeld
hatte aus diesem besonderen Anlaß fast in allen Straßen
festlichen Flaggen Schmuck angelegt. Pünktlich gegen
10,30 Uhr konnte die imposante Kundgebung ihren Anfang
nehmen. Der Vorsitzende der Coesfelder Partei, Regie-
rungsrat Dr. Jappe, eröffnete und begrüßte die Reihen-
versammlung mit herzlichen Worten. Zunächst sprach
Reichstagsabgeordneter Dr. Drees, der in vollstimmiger
Reichs- und schlagfertigen Ausführungen Deutschland mit
einem Schiff in höchster Seesnot verglich, für dessen Rettung
alles darauf ankomme, ob am Steuer ein Mann mit
eigenen Nerven, mit großer Ruhe und Besonnenheit stehe.
Eine Revolte der Passagiere oder sogar eine Revolte der
Besatzung, die den Steuermann von seinem Platz weg-
reißen, kann das Schiff in Seesnot nicht retten.
Nach etwa einhalbstündigen Ausführungen des Abge-
ordneten wurde bekannt, daß Dr. Brüning nahe. Wie ein
Sturmwind der Begeisterung riefen plötzlich über 8000

Menschen dem nahenden Führer stürmische Begrüßungs-
worte zu. Dr. Brüning, der auf der Stadthallenterrasse
empfangen wurde, schritt unter dem Jubel der vielen
Tausend zum Rednerpodium, wo drei junge Mädchen
in Altmünsterländertracht ihn mit Blumensträußen be-
grüßten. Der Beifall, der immer wieder von neuem aus-
brach und ganz besonders stark in den Reihen der katho-
lischen Jugend war, die mit vielen hundert Bannern an der
Kundgebung teilnahm, legte sich erst, als der Coes-
felder Parteiführer den Reichskanzler a. D. Dr. Brüning her-
zlich begrüßte. Dr. Brüning sprach, immer wieder von
minutenlangem Beifall unterbrochen, in einer fast einstün-
digen Rede über die aktuellsten Fragen der
jüngsten Politik. Einleitend hob er hervor: Ich
freue mich, nach meiner Fahrt durch alle deutschen Gauen
auch in meiner Heimat sprechen zu dürfen, die mir alles
das gegeben hat, was mir nützlich, um dem Staat durch
seine schwierigste Krisenzeit hindurchzuhelfen: Zähigkeit,
Sparsamkeit, Mäßigung und Besonnenheit. In vollendeter
Konzentration und Sachlichkeit äußerte sich Dr. Brüning
kurz zur Außenpolitik: Dinge, wie sie in den ver-
gangenen Wochen geschehen sind, waren nicht zweck-
mäßig. Wichtiger wäre es gewesen, wenn die ganze
Kraft eingesetzt worden wäre in dem Kampf um die Ab-
rüstung und die Gleichberechtigung. Nach einigen
Ausführungen über seine Regierungspläne und
insbesondere sein Siedlungs- und Arbeitsbe-
schaffungsprogramm kam Dr. Brüning auf die
jüngsten Ereignisse der preussischen Politik zu
sprechen. Wir haben Deutschland eine Weltgeltung
verschafft, wie es die lange Zeit nicht mehr ge-
habt hat, weil es den Weltkriegen der Welt durch seine
ruhige und maßvolle Politik wiedergewonnen
hat. Man solle jedoch nicht glauben, daß man sein und des
Volkes Ansehen stärken könne, wenn man den Komman-
deur der Berliner Schupo, der in all den Jahren im
In- und Auslande bewiesen habe, daß er die Dinge zu
meistern in der Lage sei, mitten in der Nacht mit Bajon-
netten aus dem Bette hole, um ihn am Abend
wegen Fehlens jeglicher Befehlsmateri-
als wieder freizulassen. Brüning hob hervor, er habe
immer die Auffassung gehabt, daß man alle Dinge meistern
könne, wenn man ein gewisses Maß von Besonnen-
heit, Ruhe und Geduld besäße. Dieser Glaube habe
uns bis 1930 geführt, und das habe uns ungeheuer ge-
schadet. Deutschland könne gerettet werden in jedem
Augenblick durch jede Schwierigkeit hindurch, wenn die
Männer, die an der Spitze stehen, nicht daran denken,
Prekäre Erfolge zu haben, sondern an nichts an-
deres denken, als an die Zukunft. Denn es komme nicht
darauf an, wer die Früchte erntet, es gebe um das Vater-
land, und die Parteien spielten dabei keine Rolle. Wei-
ter sprach Dr. Brüning über den kommenden
Reichstag: Es wird der erste Reichstag sein, der nach
Parteiprogrammen zu urteilen, eine sozialistische
Zweidrittelmehrheit haben wird. Ich glaube
zwar, daß die Verhältnisse auf diesem Reichstag liegen
wird, aber wenn man jahrelang seinen Anhängern Ver-
sprechungen gegeben hat, dann darf man nicht lau-
fen, gar nichts von seinen Versprechungen
einlösen zu brauchen. Radikalisiert bis zum Äußer-

sten, werden die Scharen von ihren Führern verlangen,
daß Versprechungen erfüllt werden. Werden sie aber
nicht erfüllt, so schlägt der Pendel in andere Ge-
treue aus, und das ist die große Gefahr. Über den
jüngsten Belagerungszustand äußerte sich Dr. Brü-
ning ebenfalls: Wenn man Militär und Polizei und Aus-
nahmestellung zu früh einsetzt, bevor der uns bevor-
stehende schwere Winter überstanden ist, so
nimmt man sich auch die Mittel, mit denen man hier
vielleicht später durchkommen könnte. Zum Schluss
brachte der Reichskanzler a. D. Dr. Brüning er-
klärte: Eines werde es niemals geben, die Diktatur
einer kleinen Schicht oder einer kleinen
Gruppe, und erst recht nicht die Diktatur einer Par-
tei. Wir kämpfen für Maß und Besonnenheit, für die
Freiheit des deutschen Bürgertums in der Ueberzeugung,
daß eine freie Meinungsäußerung allein in die-
der zurück zur wahren Freiheit führt. So
werden wir weiterkämpfen, weil es immer so gewesen ist,
und so wird es in Zukunft bleiben.

Nach tosenden Beifallsstürmen sangen die 6000 Zuhörer
das Deutschlandlied. Dr. Brüning, der im Hause des Coes-
felder Parteivorstehenden in Eile ein kurzes Mittagsmahl
nahm, um alsdann nach Dortmund zu fahren, wurde
im Hause des Coesfelder Parteiführers von der Kolping-
jugend sowie von jungen Mädchen durch stürmische Ova-
tionen nochmals gefeiert, für die er sich vom Fenster des
Hauses aus herzlich bedankte.

Was liegt gegen Dr. Amelungen vor?

Mit den 28 sozialdemokratischen Ober-, Regierungs-
und Polizeipräsidenten wurde als einziger Katholik und
Zentrumsmann Regierungspräsident Dr. Amelungen
(Münster) abgebaut. Man hat natürlich überall nach
den Gründen gefragt, da es immerhin eigenartig ersehe-
nen mußte, daß man im gleichen Augenblick, wo man
sichtlich aus taktischen Gründen bemüht war, die Katho-
liken nicht von den Kopf zu stoßen, einen Katholiken in
einem rein katholischen Gebiete abbaute. Wenn man zu-
erst angestrichelt war, an einen Akt zu glauben, der mit der
Verwaltungsreform zusammenhänge, so wurde man bald
eines Besseren belehrt, als der Reichskommissar Dr.
Bracht betonte, daß es sich um politische Maßnahmen
handele. Um so mehr wird man fragen müssen, was man
in Berlin eigentlich gegen Dr. Amelungen vorzubringen
hat. Dr. Amelungen ist Verwaltungsbeamter, er hat
keinen Voten in Münster mit Vorkämpfer, Geldschä-
der und Erfolgsgefühler: hat weitaus mehr Arbeiten geleistet
in der Zulammenlegung einer Reihe von Ämtern, an
die man früher nie recht herangehen wollte. Vor ihm
war jeder Staatsbürger gleich, der eine galt das, was
der andere galt, alle fanden bei Dr. Amelungen Gehör
und im Rahmen der Möglichkeiten Hilfe. Dr. Amelungen
war der Top eines pflichtgetreuen preussischen Beamten,
der mit seinem Takt eine resolute Offenheit und eine
anerkennenswerte Geradlinigkeit verband. Man hat nie-
mals etwas davon vernommen, daß er parteiell oder ein-
seitig gewesen sei: Landwirte, Mittelständler, Beamte und
Arbeiter haben in ihm mit Recht den besten Vertreter
aller Bevölkerungsgruppen. Untadelbar waren seine Ver-
sönlichkeit und seine Amtsführung. Zahlreiche Deputa-
tionen und Zukunfts der letzten Tage aus allen Kreisen
der Bevölkerung zeigen zur Genüge, wie man auch in der
Bevölkerung über die rigorose Maßnahme der Regierung
denkt.

Doppelt eigenartig muß nun allerdings berühren,
daß in unterrichteten Berliner Kreisen allgemein erzählt
wird, daß keineswegs Reichskommissar Bracht, sondern
Reichskanzler v. Papen selbst den Kopf Dr. Amelungen
gefordert habe. Gerade er habe darauf bestanden, daß in
die Mitte der Abzubauen auch der Name Dr. Ame-
lungen aufgenommen wurde, trotzdem es nicht an maß-
gebenden Stimmen fehlte, die auf die besonderen Qua-
litäten Dr. Amelungen hinwiesen. Die Bevölkerung
wird nur ein tiefes Bedauern für eine derartige unde-
rechtmäßige Maßnahme haben, und wir haben alle Veran-
lassung, von Herrn Reichskanzler v. Papen klipp und klar
die Antwort zu verlangen, was an den Erzählungen in
der Reichshauptstadt wahr ist. Herr Reichskanzler, wir
stellen hier keine Behauptung auf, sondern wir verlangen
Aufklärung, was die Reichsregierung dazu bemerken hat.
den hervorragenden Katholiken und Verwal-
tungsbeamten in eine Linie zu stellen mit den
24 Sozialdemokraten und Dissiden-
ten!

Wie man im Münsterland diese Vorgänge beurteilt,
seigte sich auch am Sonntag mittags, als ein Verein nach
dem anderen seine Vertretung zu Dr. Amelungen
entsandte, ein fahrender Bürger nach dem anderen
den Regierungspräsidenten vorprahl, um ihm die
Verehrung der Bevölkerung zum Ausdruck zu bringen.
Das seigte sich auch in der Brüning-Versammlung in der
Halle Münsterland, als die Bevölkerung dem Präsidenten
eine Ovation darbrachte, wie sie in Münster selten erlebt
wurde.

Herr Reichskanzler, wir verlangen Aufklärung,
was die Reichsregierung zu ihrer unbegründeten Maß-
nahme gefühlt hat. Herr v. Papen, es handelt sich
um einen Katholiken ohne Fehl und Tadel, den der ka-
tholische Staatskommissar im Einvernehmen mit der
Reichsregierung unter ihrer verantwortlichen Führung
geköpft hat. Das westfälische und besonders das katho-
lische Volk des Münsterlandes verlangt Klarheit.

Groenhoff tödlich verunglückt

Fallschirm konnte sich nicht mehr
entfalten.

Frankfurt (Main), 24. Juli.
Der vorjährige Rhönflieger, der ausgezeichnete Segel-
flieger Günther Groenhoff, ist am späten Nachmittage
bei einem Gewitterfluge an der Wasserruppe tödlich
abgestürzt. Die erwartete Gewitterfront erreichte
gegen 6 Uhr die Wasserruppe. Am Nord- und Westrand
waren zahlreiche Wasserruppen flach. Unter den 10
bis 12 Leistungsfähigen, die versuchten, Anschluß an die
Gewitterfront zu gewinnen, befand sich auch Groenhoff
auf seinem „Fafnir“. Groenhoff flog schnell auf und
flog in Richtung Jiffenburg davon. Die Maschine
schlug beim Start zweimal auf den Boden
auf, das Seitenruder brach ab, dadurch ließ sich
das Höhenruder nicht mehr bedienen. Groen-
hoff bemerkte die Gefahr sofort. Er sprang mit dem
Fallschirm ab, anheimelnd war die Höhe zu gering
— es sollen etwa 80 Meter gewesen sein —, der Fall-
schirm konnte sich nicht richtig entfalten, und gerade in
dem Augenblick, als sich der Schirm öffnete, stürzte
Groenhoff in die Bäume hinein und trug einen
Schädelbruch davon. Der Tod trat auf der
Stelle ein.
Günther Groenhoff wurde 1908 in Frankfurt a.
M. geboren. Er wandte sich schon früh der Segelfliegerei

zu und legte die A-Prüfung in Koffitten ab. Darauf
erhielt er eine dreijährige Ausbildung auf der Deutschen
Verkehrsfliegerschule, um sich dann wieder im Frühjahr
1929 der Ausbildung als Segelflieger auf der Rhön zu
wenden. Dort legte er bald die C-Prüfung ab. Im
Rhön-Wettbewerb 1929 erreichte er bereits das Aufsteigen
der Segelflieger durch einen Passagierflug über 35 Kilo-
meter und einen Höhengewinn von 1250 Meter. Das
Jahr 1931 brachte dann für Groenhoff am Steuer seiner
Fafnir-Maschine eine Großflugleistung nach der anderen.
Im April 1931 legte er die Strecke Darmstadt-Bühl von
140 Kilometern und im Mai 1931 bei Gewitter-
flügen von München-Oberwiesenthal nach Kaaden in
der Tschechoslowakei sogar 272 Kilometer zurück,
was als Weltrekord galt. Danach unternahm er
eine Expedition auf das Jungfraujoch, bei der zwar der
Aufstieg gelang, dann aber beim Start eine Hälfte des
Höhenruders abbrach, jedoch es ihm nur mit äußerster
Energie gelang, auf der fast kreisförmigen Maschine fast
2000 Meter tiefer glücklich zu landen.

Groenhoffs Leistung im Rhön-Wettbewerb 1931
mit seinem Segelflugzeug „Fafnir“ am 25. Juli 1931,
wo er in gerader Strecke von der Wasserruppe bis
Reichendorf bei Magdeburg 222 Kilometer zu-
rücklegte, wurde Ende Dezember 1931 von der „Föderation
Aeronautique Internationale“ als internationaler
Rekord in der Klasse D (Flugzeug ohne Motor) an-
erkannt. Groehs Aufstieg erreichte Groenhoff schließlich
noch, als er Ende 1931 auf einer Konstruktions- und
Uppficht, dem sogenannten „Fliegenden Dreieck“ Hans
Fuddebein, den 3000-Mark-Preis einer Berliner Zei-
tung gewann. Mit dem Flugzeug, das einen 24-PS-
Motor hatte, erzielte er eine Stundengeschwindigkeit von
145 Kilometern.

Die Stuttgarter Ministerkonferenz.

Der amtliche Bericht.

Stuttgart, 23. Juli.

Die württembergische Landeshauptstadt stand heute im Mittelpunkt der Reichspolitik. Obwohl die Zeit der Ankunft des Reichskanzlers in der Öffentlichkeit nicht bekannt geworden war, hatte sich doch im Hauptbahnhof eine größere Anzahl von Menschen angemeinelt. Am Bahnhof selbst hatten sich zum Empfang u. a. der württembergische Staatspräsident Dr. Holz, der Präsident des württembergischen Landesfinanzamtes Dr. Pfeiffer und Reichsminister Freiherr v. Gaps, der gestern Abend schon von Frankfurt a. M. hier eingetroffen war, eingefunden. Pünktlich um 9.30 Uhr fuhr der Berliner Schnellzug in den Bahnhof ein. Als der Reichskanzler, in dessen Begleitung sich Reichsarbeitsminister Dr. Schäffer, der persönliche Referent des Reichskanzlers, Ministerialrat Budach, der württembergische Gesandte in Berlin, Staatsrat Dr. Bosler, und Baron v. Lersner befanden, dem Wagen entstieg, begrüßte ihn Staatspräsident Dr. Holz mit Händedruck. Gleichzeitig ertönten aus nächster Nähe, wo sich zahlreiches Publikum angemeinelt hatte, Hochs und Heilrufe, die sich, als der Reichskanzler in Begleitung des Staatspräsidenten sich in das Reichsbahnhofhotel begab, mehrfach wiederholten. Über man hörte auch Rufe: „Nieder mit Papen!“ und „Heil Sewering!“ Die Ministerpräsidenten der Länder, die zum Teil schon gestern hier eingetroffen waren, begaben sich unmittelbar in das Staatsministerium, das, abseits vom Verkehr gelegen, in seinen schönen Räumen, seinem großen Park und dem Blick auf die im Glanze der Sonne liegende Stadt den Konferenzteilnehmern einen angenehmen Aufenthalt bot. Kurz vor 10 Uhr begab sich der Reichskanzler mit Staatspräsident Dr. Holz und den übrigen Herren in das Staatsministerium. Alle Länder waren vertreten mit Ausnahme von Lippe.

Über den Inhalt der Verhandlungen wußte das „Stuttgarter Neue Tagblatt“ zu berichten, daß sich die Konferenz vorwiegend mit der Frage der Einsetzung des Reichskommissars in Preußen befahle. In dem Bericht des Reichskanzlers war besonders bemerkenswert

die bestimmte und vorbehaltlose Erklärung, daß in irgendeinem anderen Lande ein derartiger Schritt nicht geplant sei. Die Voraussetzungen dafür lägen nirgends vor, weil in jedem anderen Lande die Organe, die für Ordnung und Sicherheit zu sorgen haben, in den besten Händen seien.

Die Tatsache, daß die Länderregierungen nur geschäftsführend seien, biete keinen Grund zur Einsetzung eines Reichskommissars. Die Verhandlungen, die sich an den Bericht des Reichskanzlers angeschlossen, seien in der Sache klar, aber in ruhigem Ton geführt worden.

Vor allem die größeren Länder hätten schwere Bedenken und Einwendungen vorgebracht, die sich in erster Linie auf dem Reichsgebiet bewegten.

Auch die Vorgänge und Ergebnisse in Lausanne seien in die Aussprache mit einbezogen worden. Die Verhandlungen wurden um 2 Uhr unterbrochen. Die Teilnehmer an der Konferenz nahmen im Staatsministerium ein vom Staatspräsidenten Dr. Holz gegebenes Frühstück ein. Um 3.30 Uhr wurden die Verhandlungen fortgesetzt und waren um 5.30 Uhr beendet. Nach ihrem Abschluß unternahm der Reichskanzler mit anderen Teilnehmern an der Konferenz eine Fahrt in die Umgebung Stuttgarts zum Schloß Solitude und fuhr dann zum Reichsbahnhof zurück. Über die Konferenz wurde der folgende amtliche Bericht ausgegeben:

„In der Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder, die heute unter dem Vorsitz des Reichskanzlers in Stuttgart tagten, wurden die wichtigsten Fragen der auswärtigen und der inneren Politik in eingehender, vertraulicher Aussprache, an der sich alle Minister und Landesvertreter beteiligten, erörtert. Die Konferenz nahm mit Befriedigung von der Zufriedenheit Kenntnis, daß die Reichsregierung durchaus auf föderalistischem Boden stehe und die Rechte der Länder in keiner Weise antasten wolle. Der Reichskanzler betonte, daß die notwendig gewordene Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen nur eine vorübergehende Maßnahme darstelle. Eine Ausdehnung dieser Maßnahme auf die anderen Länder komme nicht in Frage, weil nach Ansicht der Reichsregierung in den anderen Ländern Ruhe und Ordnung sichergestellt sind. Er erklärte namens der Reichsregierung ausdrücklich, daß die Reichstagswahlen programmäßig am 31. Juli stattfinden würden. Die Reichsregierung hoffe, den Ausnahmezustand in Berlin und Brandenburg in den nächsten Tagen aufheben zu können. Soweit von den Ländern Bedenken gegen die Maßnahmen der Reichsregierung vorgebracht wurden, anerkannte der Reichskanzler dankbar deren sachliche Vertretung. Reichsregierung wie alle Landesregierungen waren sich darin einig, daß die Autorität der Reichsregierung und der Landesregierungen ungehindert aufrecht erhalten werden müßte. Zu diesem Zwecke ist ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten zwischen Reich und Ländern beiderseits anerkannt notwendig.“

Als der Kanzler gegen 7.30 Uhr mit dem Reichsminister Freiherrn von Gaps, Ministerialrat Budach und Baron von Lersner das Hotel verließ, ertönten aus dem Publikum, das sich in der Bahnhofsvorhalle angemeinelt hatte, wieder neue Hochs und Heilrufe. Auf dem Bahnhof befanden sich nur Reisende, da andere Personen nicht zugelassen wurden. Zur Verabschiedung hatten sich eingefunden der württembergische Gesandte in Berlin Staatsrat Bosler, als Vertreter des bereits zum Wahlkampf wieder abgereisten Staatspräsidenten Ministerialrat Klog und Oberregierungsrat Bögle, ferner der Präsident der Reichsbahndirektion Stuttgart Dr. Sigel und Polizeipräsident Dr. Maiber. Mit dem gleichen Zuge fuhr auch der bayerische Ministerpräsident Dr. Held.

Der erste Eindruck!

Berlin, 24. Juli.

Einige Zeitungen beschäftigen sich mit dem Ergebnis der gestrigen Konferenz, die Reichskanzler von Papen mit den Landesministern in Stuttgart abgehalten hat. Wäh-

rend der „Vorwärts“ von einem farblosen Kommuniqué spricht, das nur eine schwache Wiederholung des tatsächlichen Verlaufs der Verhandlungen sei, und die „Vossische Zeitung“ der Meinung ist, daß sich an dem Verhältnis zwischen Reich und Ländern nichts geändert habe, sagt die regierungsoffizielle „Deutsche Allgemeine Zeitung“, daß die Konferenz mit einem Kommuniqué beendet habe, das mit einer an amtlichen Schriftstücken kaum gewohnten Unzweideutigkeit in allen wichtigen Punkten eine klare, gemeinsame Linie aufzeige. Von amtlicher Reichsstelle sei auch vor Stuttgart schon mehrfach betont worden, daß die Reichsregierung die Rechte der Länder in keiner Weise antasten wolle. Damit sei, nachdem schon die ersten Tage der preussischen Aktion planmäßig und in Ruhe verlaufen seien, ein weiterer bedeutender Schritt zur allgemeinen politischen Beruhigung getan worden, und die Wahlen würden, wie der Reichskanzler noch einmal ausdrücklich versichert hat, am 31. Juli programmäßig stattfinden.

Die Auffassung in Berlin.

Berlin, 24. Juli.

Wie wir erfahren, werden der Kanzler und die beiden Minister, die ihn nach Stuttgart begleitet hatten, im Laufe des morgigen Tages ihre Kollegen im Zusammenhang mit anderen Besprechungen über die Länderkonferenz unterrichten. Entgegen der von anderer Seite geäußerten Ankündigung hat heute noch keine Kabinettsitzung stattgefunden. Der Eindruck, der nach offizieller Mitteilung in politischen Kreisen nach der Rückkehr aus Stuttgart besteht, ist der eines unverkennbaren größeren Fortschritts zu weiterer Beruhigung und Entspannung der innerpolitischen Situation.

Die Landesvertreter haben ihre Gedanken offenbar nicht so sehr gegen die Tatsache eines Reichskommissars als gegen die Absicht, sondern vor allem gegen die Absetzung aller preussischen Minister.

Der Kanzler und der Reichsminister dürften den Landesvertretern aber überzeugend dargelegt haben, daß nach der Art, wie die Mitglieder der früheren preussischen Regierung auf die ersten Maßnahmen des Reichs reagierten, ein anderer Weg gar nicht möglich war. Auch die übrigen Ausführungen, die die Vertreter der Reichsregierung denen der Länder gegeben haben,

Der preussische Antrag vor dem Staatsgerichtshof.

(Für einen Teil der Auflage zum Teil wiederholter Bericht.)

Entscheidung erst heute.

Leipzig, 23. Juli.

In der bereits gemeldeten Besetzung (Reichsgerichtsräte Trierack, Schmitz und Rektor Schwabe, Oberverwaltungsgerichtsräte Dr. von Müller-Berlin, Dr. Gumbel, Münch und Dr. Striegler-Dresden) betrat der Staatsgerichtshof unter Führung des Vorsitzenden, des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Summe, kurz vor 11 Uhr den Sitzungssaal. In der heutigen Sitzung handelt es sich, wie der Vorsitzende mitteilte, ausschließlich um den Antrag der Reichsregierung auf einstweilige Verfügung. Er richtete an die Mitglieder der ausüblichen Räte, alles zu vermeiden, was zu einer Störung der Verhandlung führen könnte.

Die Klage wird von Ministerialdirektor im Wartestand Dr. Badt und Ministerialdirektor Dr. Brecht sowie von Professor Dr. Giese-Frankfurt/Main vertreten. Für die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtages ist Professor Dr. Peters-Berlin und für die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei im Preussischen Landtag Professor Dr. Hermann Heller-Frankfurt/W. erschienen. Der Reich wird durch den Ministerialdirektor im Reichsministerium des Innern Gotheiner vertreten. Als Zuhörer haben sich neben zahlreichen Pressevertretern auch aus dem Reich vor allem politisch interessierte Persönlichkeiten und namhafte Staatsrechtslehrer eingefunden.

Den Bericht erstattete Reichsgerichtsrat Schmitz. Der Antrag, über den verhandelt werden soll, lautet wie folgt:

„Es wird beantragt, im Wege der einstweiligen Verfügung anzuordnen, daß sich der durch Verordnung des Reichspräsidenten für das Land Preußen eingesezte Reichskommissar auf die Befugnisse der Dienstausübung zu enthalten hat.“

Dieser Antrag ist gestellt worden von dem Reichsminister des Innern, vertreten durch das preussische Staatsministerium, unterzeichnet von den bisherigen Staatsministern Hirtfelder und Severing. Dem Antrag hätten sich angeschlossen die Zentrumsfraktion und die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei im Preussischen Landtag. Der Antrag ist selbstverständlich in Zusammenhang mit einem zur Hauptfrage gestellten Antrag, der dahin geht, daß die Einsetzung eines Reichskommissars mit der Reichsverfassung nicht in Einklang stehe.

Die Einsetzung sei zu Unrecht auf dem Artikel 48 der Reichsverfassung begründet worden, weil einmal von einer Nichterfüllung der Preußen nach der Reichsverfassung obliegenden Pflichten nicht die Rede sein könne, und weil ferner weder die öffentliche Ruhe und Sicherheit gefährdet oder gefährdet werden sei, noch auch die Maßnahmen des Reichspräsidenten zur Wiederherstellung von Ordnung und Sicherheit erforderlich wären. Dabei ist zu beachten, daß wegen der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln eingegriffen worden sei. Es sei zu bedenken, daß auch ein Reichskommissar andere als die bisher angewandten Mittel nicht zur Verfügung habe. Wenn man auch annehme, daß die öffentliche Ruhe und Ordnung in Preußen nach Lage der Verhältnisse erheblich gefährdet oder gefährdet sei, so trage zuerzucht in Preußen eine geschäftsführende Regierung im Umte sei. Auch Artikel 17 der Reichsverfassung werde von der Antragstellerin verletzt, daß auch die Finanzlage des Reichslandes Preußen die Einsetzung eines Reichskommissars nicht rechtfertigen könne. Die von dem Reichskommissar vorgenommenen Regierungsmassnahmen hätten keinen Anspruch auf rechtliche Beachtung. Da es unter diesen Umständen unannehmlich sein würde, daß widerstrebende Anordnungen ergäben, sei eine ordnungsmäßige Verwaltung nicht mehr möglich. Die schweren Folgen könnten nur dadurch verhütet werden, daß der Staatsgerichtshof eine einstweilige Verfügung im Sinne des Antrages spreche. Zum Schluß erklärte der Berichterstatter, daß eine schriftliche Erklärung des Antragseigners bisher nicht eingegangen sei und daß die Darstellung des Standpunktes des Reichs daher dessen Vertreter in der Verhandlung selbst vorbehalten bleiben müßte.

Der Vorsitzende Dr. Summe betonte, daß die Tatsachen der bayerischen und der babilischen

dürften ganz zweifellos die Wirkung haben, daß die durch die preussischen Ereignisse ausgelöste Spannung zwischen Reich und Ländern schon am Ende derselben Woche, in der sich diese Vorgänge abspielten, einer ruhigen und verständnisvollen Beurteilung der Situation von allen Seiten gewichen ist.

Am Montag nachmittag wird der Kanzler nun auch im Überwachungs-ausschuss des Reichstages Antwort stehen.

Es ist anzunehmen, daß die formulierten Fragen, die der Staatssekretär der Reichskanzlei in seinem Auftrag erbeten hat, inzwischen eingetroffen sind, so daß auch die Sitzung in diesem Ausmaß verhältnismäßig schnell beendet werden kann. Wesentlich praktische Ergebnisse oder Entscheidungen sind natürlich von ihr nicht zu erwarten.

Am Dienstag wird das Reichskabinett seine Beratungen über die wirtschaftlichen Fragen, namentlich über das Problem der Arbeitsbeschaffung wieder aufnehmen.

Es ist ja bereits bekannt geworden, daß sich die Fertigstellung des Programms durch die preussischen Dinge so verzögert hat, daß seine Veröffentlichung vor den Wahlen kaum noch möglich sein dürfte. Das Reichskabinett will aber auch in dieser letzten Woche vor dem Wahltermin alle verfügbare Zeit ausnützen, um so bald wie möglich, auch auf diesem Gebiete zu praktischen Ergebnissen zu gelangen.

Dr. Held ist befriedigt.

(Weiden (Oberpfalz), 24. Juli.)

In einer Massentagung der Bayerischen Volkspartei in Weiden äußerte sich heute Ministerpräsident Dr. Held über das Ergebnis der Stuttgarter Konferenz, wie folgt: „Ich darf feststellen, daß die Befürchtungen, wie sie sich bei uns in den letzten Tagen aufgetan haben, nach den Erklärungen der Herren Reichskanzler von Papen und Reichsminister Freiherr von Gaps sich als gegenstandslos erweisen sollen. Es ist uns in Stuttgart, das in einem anderen Land von dieser Reichsregierung ein Kommisariat gestiftet und nicht daran gedacht würde, einen Ausnahme- oder Belagerungszustand zu verhängen, daß in den Tagen unter allen Umständen die Reichstagswahlen stattfinden würden, und daß das Ergebnis der Wahlen entscheidend sein soll für die Gestaltung der künftigen Geschichte des Reichs.“

Staatsregierung an den Staatsgerichtshof nicht bezwecken, der preussischen Klage ohne weiteres beizutreten, sondern sie enthielten den Wunsch, daß der Staatsgerichtshof gewisse prinzipielle Fragen, die durch das Vorgehen der Reichsregierung aufgeworfen seien, entscheide. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen überreichte Ministerialdirektor Dr. Brecht den folgenden neu formulierten Antrag:

Der Staatsgerichtshof wolle die durch die Ausnahmeverordnung vom 20. Juli 1932 und ihre Durchführungsbestimmungen entstandene rechtliche und tatsächliche Lage im Wege der einstweiligen Verfügung einstweilig regeln und dabei insbesondere bestimmen:

1. daß der Reichskommissar sich nichts als preussischer Ministerpräsident oder preussischer Staatsminister oder Mitglied der preussischen Landesregierung bezeichnen dürfe,
2. daß er den preussischen Ministern nicht die Eigenschaft als Staatsminister abspiegeln dürfe,
3. daß er und seine Vertreter nicht ohne Vollmacht der Staatsminister Preußen im Reichsrat vertreten oder den Mitgliedern der preussischen Staatsregierung das Recht zur Vertretung Preußens im Reichsrat und zur Inkstruktion der Reichsratsbevollmächtigten entziehen dürfen,
4. daß Staatsenternennungen und Absetzungen mit dauernder Wirkung nicht vorgenommen werden können.

Zur Frage der Einsetzung des Reichskommissars empfahl der Vorsitzende das beschriebene Verfahren, zunächst die Prozessvoraussetzungen zu behandeln und dann erst auf den Antrag über die einstweilige Verfügung einzugehen. Unter den Fragen der Prozessvoraussetzungen (Parteifähigkeit, Aktiolegitimation, Zuständigkeit) dürfe seiner Ansicht nach nur die Frage der Parteifähigkeit und der Aktiolegitimation der Antragsteller einer näheren Erörterung bedürfen.

Darauf ergreifen die Parteivertreter zur Erörterung dieser Frage das Wort. Zunächst sprach für das Reich Ministerialdirektor Gotheiner. Nachdem Ministerialdirektor Dr. Gotheiner für die Reichsregierung erklärt hatte, daß diese gegen eine Aktiolegitimation der Antragsteller keine Bedenken geltend machen werde und vorschlug, diese Frage überhaupt bis zur Verhandlung in der Hauptfrage zurückzustellen, entpinn sich eine längere Erörterung über die Frage, ob der Staatsgerichtshof überhaupt in der Lage sei, einstweilige Verfügungen zu erlassen.

Präsident Summe griff eine Bemerkung von Ministerialdirektor Gotheiner auf. Der Gerichtshof nehme die Erklärung zur Kenntnis, daß die Reichsregierung erst in der späteren Verhandlung zur Frage der Parteifähigkeit des Reichskommissars tatsächliches Material beibringen werde. Welche Folgen der Staatsgerichtshof aus diesem Verhalten der Reichsregierung ziehe, könne er, Präsident Summe, im Augenblick nicht ersehen.

Ministerialdirektor Brecht bemerkte noch, es müsse bedenklich sein, daß die Reichsregierung nicht einmal heute durch ihren Vertreter sage, warum die ganzen Maßnahmen getroffen worden seien.

Dann wurde die Verhandlung außerordentlich erregt, als die Verhältnisse zur Sprache kamen, die für die Beratung des Reichsrats durch die Personalveränderungen entstanden sind. Der Vorsitzende erlaubte sich mehrfach im einzelnen darüber, in welcher Weise die Beratungen des Reichsrats durch die Wirkung der Notverordnung beeinflusst worden seien. Dabei kam zur Sprache, daß bei einem Weiterbestehen des gegenwärtigen Zustandes ein Fünftel der Stimmen im Reichsrat von der Reichsregierung ausgeübt werden könnte. Gleichzeitig wurde in diesem Zusammenhang der Vorschlag gemacht, daß der Staatsgerichtshof eventuell zu einem Beschluß kommen könnte, in dem ein Teil der Befugnisse, die den preussischen Ministern durch die Entwidlung der letzten Tage weggenommen worden sei, ihnen wieder zugeprochen werden könnte. Dies würde eine Teilung der Gewalt bedeuten.

Nach einer kurzen Pause machte der Vorsitzende, Reichsgerichtspräsident Summe, folgende Mitteilung: „Ich würde sehr dankbar sein, wenn mir vielleicht noch vonseiten der Reichsregierung zweierlei gesagt werden könnte:“

1. Möchte der Vertreter der Reichsregierung sagen, ob seine Auffassung nach die Vorzüge, die

heute gemacht worden sind, ihm praktisch gangbar erscheinen.

2. Würde ich gern eine Äußerung darüber haben, welche Lage entstehen würde, wenn der Staatsgerichtshof sich zu einer vorläufigen Regelung nicht entschließt, und dann nach absehbarer Zeit in der Hauptsache aber eine Entscheidung erläßt gewissermaßen zugunsten des Antragstellers.

Ministerialdirektor Gotheiner: „Wenn eine Teilung der Gewalt durch den Spruch des Staatsgerichtshofes in der Richtung eintreten würde, daß nur ein Teil der durch die letzte Entscheidung erreichten Machtbefugnisse als zu Recht bestehend anerkannt werden würde, dann wäre das eine starke Verwässerung der preussischen Verwaltungsgewalt. Wenn ich die weitere Frage des Herrn Vorsitzenden richtig verstanden habe, so scheint es sich um die Möglichkeit eines Vergleichs zu handeln.“ — Präsident Summe: „Nein, das liegt mir ganz fern.“ Ministerialdirektor Gotheiner: „Wenn in der Entscheidung zur Hauptsache eine Entscheidung liegt, die in einem gewissen Umfang den Forderungen der Antragsteller Rechnung trägt, so wäre die Antwort nur dann zu geben, wenn man wüßte, welchen Umfang diese Entscheidung zugunsten der Antragsteller hätte.“

Mit dieser Antwort waren die sachlichen Verhandlungen des Samstags abgeschlossen. Der Vorsitzende teilte zuletzt noch mit, daß die Frist, die für die Reichsregierung bis zur Abgabe einer Erklärung gestellt sei, am 5. August ablaufe. Er richtete aber die Bitte an die Reichsregierung, daß man, wenn irgend möglich, diese Frist nicht bis zum letzten Ausnützen wolle, da es im Interesse von ungeheurer großen Volksteilen nötig sei, die Entscheidung in dieser Zeit möglichst rasch zu treffen.

Nach diesen abschließenden Bemerkungen wurde die Verhandlung für Samstag geschlossen; sie wird am Montag mittags um 1 Uhr fortgesetzt.

Neuer Brief Brauns an den Reichskanzler.

(Berlin, 24. Juli.)

In den Berliner Sonntagsblättern wird ein neues Schreiben des Ministerpräsidenten Dr. Brauns an Reichskanzler von Papen veröffentlicht, in dem es u. a. heißt:

Aus Ihrem Schreiben vom 21. dieses Monats entnehme ich, daß Sie die Berechtigung zu meiner Entscheidung vom 1. d. M. des preussischen Ministerpräsidenten aus § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten herleiten, die wiederum auf Artikel 48, Abs. 1 und 2, der Reichsverfassung gestützt ist. Inwiefern der Reichspräsident berechtigt ist, Bestimmungen der Reichsverfassung im Verordnungswege außer Kraft zu setzen, ist im Absatz II des Artikels 48 fest umschrieben. Dazu gehören nicht die Bestimmungen, die die faktische Selbstständigkeit der Länder und das Recht ihrer Volksvertretungen, ihre Regierungen zu bestimmen, gewährleisten. Durch meine Amtsübernahme ist daher die Reichsverfassung, wie die Verfassung des Landes Preußen, nicht verletzt. Ich muß daher gegen diese Maßnahme wie auch gegen die militärische Besetzung meines Dienstgebäudes zur Verhinderung meiner Amtstätigkeit Verwahrung einlegen und mir alle Rechte vorbehalten. Brauns wendet sich dagegen, daß der Reichskanzler die Amtsübernahme des Reichspräsidenten des größten deutschen Landes durch den Rundfunk begründet habe und fordert, auch ihm Gelegenheit zu geben, im Rundfunk zu gleicher Tageszeit vor dem gleichen Forum Stellung zu nehmen.

Bei dem Reichskanzler ist der Brief noch nicht eingegangen.

Eine bedeutsame Rundfunkansprache Brauns über Lausanne.

Der Kriegsschuldenartikel wird fallen. — Für volle Schuldentilgung.

(Washington, 24. Juli.)

In einer Rundfunkansprache verteidigte Senator Borah das Lausanner Reparationsüberkommene gegen die in Amerika laut gewordenen Kritiken und Zweifel. Er betonte, daß Lausanne den Weg zu einer besseren Zukunft eröffne und, falls Amerika die Bedeutung der erfolgten Regelung großzügig und klar erfasse, die ganze Welt aus der gegenwärtigen Periode des Mißtrauens und Erniedrigung herausgerissen könne. Die Reparationen seien tot, und insofern sei der Versailler Vertrag beendet. Es würden sicher auch die Erwähnung der Artikel der Kriegsschuld und andere Artikel fallen. Der Versailler Vertrag müsse den Geboten des Gewissens und der Gerechtigkeit Raum geben. Was Amerikas Forderungen an die Alliierten anlangte, so sei er nicht mehr für ihre Herabsetzung, sondern sei nicht einmal gegen ihre volle Streichung, sofern beide Teile einen Plan zuträfen, der eine wirklich reale Verringerung der gegenwärtigen unhaltbaren und für die Zukunft der Zivilisation gefährlichen Weltlage bringe. Amerika werde sich nicht erholen, und weder die Farmer noch die Stadtbewohner würden wieder aufleben, wenn nicht die internationalen Fragen endlich bereinigt würden. Borah schlug hierfür eine Weltkonferenz vor, die sowohl Schulden wie Zolltarife und Währungsfragen behandeln solle. Sachverständige jeder Art müßten dieser Konferenz aber fern bleiben, da diese Fragen bereits über das Stadium der Lösbarkeit durch spitzfindige Methoden von Sachverständigen hinaus seien.

Der Eindruck in England.

CNB London, 24. Juli. Die dramatische Erklärung des Senators Borah, des Vorsitzenden des amerikanischen Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten und bisher eifrigsten Gegners der Kriegsschuldenrevision, der gestern Freunde und Feinde durch den Vorschlag einer sofortigen Weltkonferenz zur Erörterung der Revision oder Streichung der Schulden überraschte, wird als äußerst bedeutsam angesehen. Man erwartet, daß die Haltung Borahs den eingeschlagenen Antirevisionsisten den Wind aus den Segeln nehmen wird.

Truppenbewegungen an der Grenze zwischen Bolivien und Paraguay.

Buenos-Aires, 24. Juli.

Nachrichten, die über Muncion hier eingetroffen sind, besagen, daß eine Abteilung von 1400 Mann mit Artillerie von einem bolivianischen Grenzort gegen die Stellungen der Grenztruppen von Paraguay vorrückte. Wie aus La Paz gemeldet wird, werden in der Gegend des Gran Chaco paraguayische Truppen zusammengezogen. Nach Nachrichten aus Salta sollen 25 bolivianische Flugzeuge nach der voranschreitenden Front abgegangen sein.

Amstlicher
Landratsan
von Bürgern
und Kiemern
Bor
Geld
Boscholt, Re
Fernsprech
8054. — R
Heinrichs.
Th. Baras.
burg: Joh
Kingenbe
verlions. —
Willy
Org
der Reut

Numme

B

Eine m
Vertrau

Noch steht
Reichstreffen
Wimpel wehen
dem Fremden
heute Abend
um an der gro
trumpspartei
solle.

Erst ein paar
eine gleich zahl
um ihn, den her
Reichspräsidenten
trug er noch die
kanzlers. Man
Ziel, auf das h
allen Einzelheite
Vertrauen d
man ihm n
im in Treue u
griffe noch eine
und geschlossener
Wochen überall
Auto brachten,
wahrhaftig seine
seine Politik, die
der Millionen
Stimmungen
und Verhältnisse
zeit allein reuol
reaktionären Str
Deutschland erho
Diktatur, keine
tieren kann.

Die Rundfunk
gen und Pa
füllen. Flotte
ginn der Rundf
war, da waren d
des Mittelraumes
und Frauen aus
lung, waren da
ning, mit der Pol
uns aufgewungen
phralenlosen Opp
Weges, zum Aus

Kurz nach 7 U
des katholischen
bert, zweihundert
mit künftigen H
mit dem Volkst
Arme. Dann erst
der Dortmund
jezt, ruft er aus,
den, das Vaterlan

Reichstag

das Wort. Er spr
vom Sturz Brünn
binett von Papen
der Kommandobü
nimmt man ihm
flart: Wir denken
tiffenden Gener
Brauns Haus in
Worten legt er in
„neuen Kurs“ und
außerpolitische
Jidzadurs des ne
Wißerständnisse“,
des Kabinetts Brü
tenlang anhaltend
drängen, als zum